



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Altona

AVA/IS 11

Drucksache XVIII-
Datum 29.5.2008

Alternativ-Antrag der SPD-Fraktion

**Betr.: Shared Space – Gemeinsamer Raum für alle!
– Aber auch MIT allen!**

Seit Anfang 2007 hat sich die Bezirksversammlung Altona mit der Einführung eines neuen Konzeptes für die gemeinsame Nutzung des Verkehrsraumes durch alle Verkehrsteilnehmer – das Konzept „Shared Space“ – beschäftigt (vgl. Drs. XVII-503NF). Unter dem Leitbild „Shared Space“ soll im Verkehrsraum ein vertrauensvolles und rücksichtsvolles Miteinander ermöglicht werden. Insbesondere für Geschäftsstraße ist dieses Konzept geeignet. Jedoch bedeutet dieses neue Konzept ein hohes Maß an Mitbestimmung und Einbeziehung der betroffenen Akteure – Kunden, Anwohner, Kaufleute und ggf. Marktbesucher. Der Senat hat sich zum Ziel gesetzt, das Leitbild „Shared Space“ auf den Weg zu bringen und der Bezirk Altona ist aufgerufen, ein Pilotprojekt zu melden.

Die Bezirksversammlung Altona beschließt daher auf Antrag der SPD-Fraktion:

- 1. Der Verkehrsausschuss nimmt eine Auswahl von möglichen Modellgebieten gem. Beschluss der BV vom 22.02.2007 (Drs. XVII-503NF) vor.**
- 2. Die Verwaltung führt aufgrund dessen in möglichen Pilotgebieten je eine öffentliche Informationsveranstaltung mit Vorstellung des Konzeptes „Shared Space“ durch, zu der insbesondere alle betroffenen Grundeigentümer, Wohn- und Gewerbemieten sowie wichtige lokale Akteure (u.a. Bürgerverein) eingeladen werden. Zudem werden die genannten Akteursgruppen schriftlich über die Inhalte des Konzeptes informiert und um Stellungnahme gebeten.
Die Veranstaltungen sollen unmittelbar nach den Sommerferien als Sondersitzungen des Verkehrsausschusses vor Ort in den Stadtteile stattfinden und mit Plakaten angekündigt werden.**
- 3. Das Bezirksamt wird gebeten, die zur Umsetzung des Konzeptes „Shared Space“ notwendigen baulichen Maßnahmen in den ausgewählten Gebieten zu eruieren und in Verbindung mit einer vorläufigen Kostenplanung dem Verkehrsausschuss vorzulegen.**
- 4. Die Ergebnisse der öffentlichen Veranstaltung und Beteiligung der wichtigen lokalen Akteure sind in die Beratungen im Verkehrsausschuss mit dem Ziel der Anmeldung bei der BSU mit einzubeziehen.**

Petition: Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten